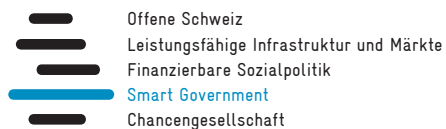


Städtemonitoring

Zusammenfassung und Städteprofile

Beilage zum Städtemonitoring 2018



Autoren Fabian Schnell
Lukas Rühli
Daniel Müller-Jentsch
Natanael Rother
Herausgeber Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch
Design Carmen Sopi
Infografiken Linda Münger
Druck gdz AG www.gdz.ch

© Oktober 2018 Avenir Suisse, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Grafiken dieses Werks durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

Bestellen assistent@avenir-suisse.ch, Tel. 044 445 90 00
Download www.avenir-suisse.ch/publication/20-jahre-schweizer-stadtpolitik/

Inhalt

_ Einleitung	_4
_ Basel	_10
_ Bern	_12
_ Biel	_14
_ Genf	_16
_ Lausanne	_18
_ Lugano	_20
_ Luzern	_22
_ St. Gallen	_24
_ Winterthur	_26
_ Zürich	_28
_ Fazit	_30

Blick hinter die Kulissen eines Erfolgsmodells

Die grossen Städte sind die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentren der stark urbanisierten Schweiz. Deren Entwicklungsperspektiven sind daher von nationalem Interesse. Das Städtemonitoring von Avenir Suisse untersucht auf Basis von 47 Indikatoren, wie gut die Städte aufgestellt und auf die Zukunft vorbereitet sind. Berücksichtigt wurden die zehn einwohnerreichsten Zentren. Das sind alle Städte mit über 50 000 Einwohnern.

Auf den ersten Blick geht es den Schweizer Metropolen ausgezeichnet. In internationalen Rankings zur Standort- und Lebensqualität belegen sie oft Spitzenränge, und auch Umfragen unter ihren Bewohnern zeigen einen hohen Grad an Zufriedenheit. Die vergleichende Analyse von Avenir Suisse untersucht ihre Zukunftsfähigkeit angesichts von Megatrends wie Digitalisierung und demografischem Wandel. Im Unterschied zu anderen Städtevergleichen liegt der Fokus primär auf Faktoren, die von der Stadtpolitik (zumindest indirekt) beeinflusst werden können.

Aus ehemaligen «A-Städten» wurden Boomtowns

Die gute Verfassung der Schweizer Städte ist keine Selbstverständlichkeit. Noch bis in die frühen 1990er Jahre sah es weniger rosig aus: Junge Familien und Gutverdienende zogen ins Umland, mit ihnen Kaufkraft und Steuersubstrat. In den Zentren blieben die Arbeitslosen, die Alten, die Ausländer – das Schlagwort von den «A-Städten» machte die Runde. Allein in Basel-Stadt schrumpfte die Bevölkerung von 1970 bis 2000 um 44 000 Einwohner. Auf nationaler Ebene verschärfte die Wachstumskrise nach dem Platzen der Immobilienblase die urbane Malaise.

Die Renaissance der Schweizer Städte begann Mitte der 1990er Jahre, begünstigt durch mehrere exogene Trends. Dazu zählten ein Wachstumsschub dank der Genesung des Immobilienmarktes und umfassender Wirtschaftsreformen (z.B. Umsetzung der bilateralen Verträge mit der EU), einer massiven Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte infolge der Personenfreizügigkeit sowie den Megatrends Urbanisierung und Globalisierung. Diese günstigen Rahmenbedingungen bescherten den Schweizer Städten einen Aufschwung der bis heute anhält.

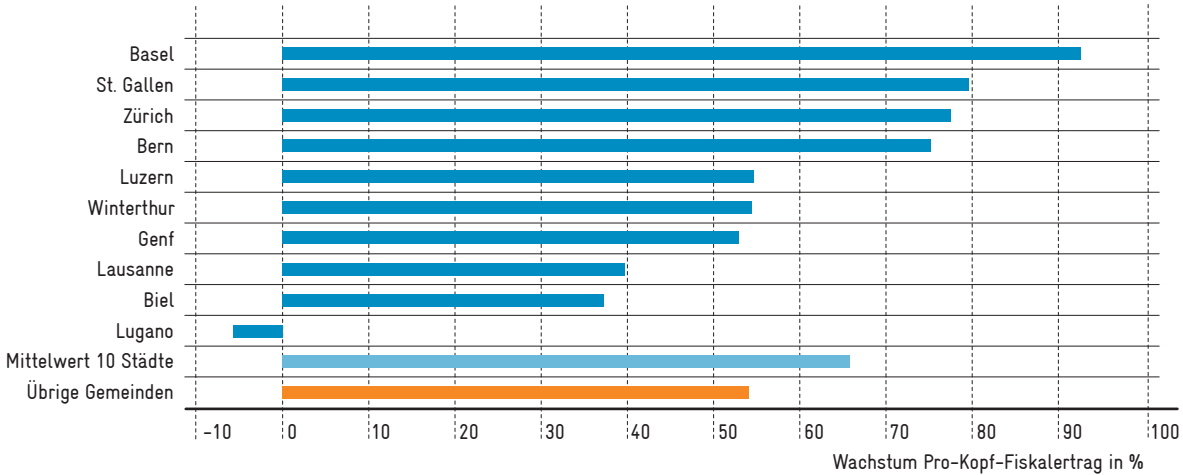
Selbstzufrieden nach zwanzig Jahren Sonderkonjunktur

Die sprudelnden Steuereinnahmen – in den zehn grössten Städten wuchsen die Fiskalerträge von 1990 bis 2016 durchschnittlich pro Kopf um über 50 % (vgl. Abbildung 1) – gaben den meisten Stadtregierungen Gestaltungsspielräume, die sie für den Ausbau von Verwaltung und Infrastruktur nutzten (z.B. Verkehrsberuhigung und Förderung des ÖV), aber auch für

Abbildung 1

Wachstum der Pro-Kopf-Fiskalerträge der Gross- und Mittelstädte vs. übrige Gemeinden 1990 – 2016

Die Schweizer Städte blicken auf ertragsreiche Jahrzehnte zurück. Gegenüber 1990 stiegen die Steuereinnahmen in sechs von zehn Städten stärker als in den übrigen Gemeinden. Basel konnte seine Pro-Kopf-Steuereinnahmen beinahe verdoppeln. Luganos leichte Abnahme der Pro-Kopf-Erträge ist auf die umfangreiche Eingemeindung steuerschwächerer Umlandgemeinden zurückzuführen.



Nominale Daten. Strukturbruch für Bern und Biel im Jahr 2002 korrigiert.

Quelle: EFV, BFS

soziale Wohltaten und für eine Reihe von Projekten mit fragwürdigem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Hierzu zählen die mit öffentlichen Mitteln finanzierten Glasfasernetze oder die kostengünstige Übertragung städtischen Baulands an Wohnbaugenossenschaften. Trotzdem blieb mancherorts noch genug Raum für die Reduktion von Schulden und die Stärkung der Kapitalbasis.

Aber wie robust ist das Erfolgsmodell der Schweizer Städte? Wird es sich als Schönwetterkonstrukt entpuppen, wenn sich die Rahmenbedingungen verschlechtern? Wichtige Treiber der Sonderkonjunktur erlahmen derzeit: Die qualifizierte Zuwanderung geht zurück und die Globalisierung wird in Frage gestellt. Darüber hinaus ist ein wirtschaftspolitischer Reformstau auf nationaler Ebene unverkennbar, steuerpolitische Vorstösse der EU und der USA bedrohen die Fiskalerträge. Schliesslich bringen Megatrends wie demografischer Wandel, Migration und Digitalisierung tiefgreifenden Wandel.

All dies stellt die Städte vor Herausforderungen: Eine alternde und vielfältige Stadtbevölkerung mit einem hohen Anteil an Singlehaushalten, Bevölkerungswachstum mit zunehmender baulicher Dichte, eine alle Lebensbereiche transformierende Digitalisierung sowie Stadtverwaltungen, deren Personalgefüge durch die Pensionierung der Babyboomer-Generation grundlegend verändert wird. Entsprechende Reform-

baustellen ergeben sich in allen Politikfeldern von der Bildungs- bis zur Verkehrspolitik. Es ist Zeit, dass die Schweizer Stadtpolitik ihre Komfortzone verlässt.

Links-grüne Insiderpolitik ohne bürgerliches Gegenmodell

Bezüglich stadtpolitischer Konzepte mangelt es derzeit jedoch an einem Wettbewerb der Ideen. Grund hierfür ist die Dominanz links-grüner Mehrheiten in den grossen Städten – sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive. Eine Analyse von Abstimmungen auf Gemeindeebene zeigt einen sich vertiefenden Stadt-Land-Graben (vgl. hierzu die Profile der einzelnen Städte ab S. 10).

Es gibt mehrere Gründe, warum sich das links-grüne Modell der Schweizer Stadtpolitik in den letzten Jahren derart verfestigte. Erstens die üppigen Steuereinnahmen, die politische Wohltaten ermöglichten. Zweitens eine Tendenz zur sozialen Entmischung durch Umzüge eher konservativ eingestellter Personen in die «Agglo» und umgekehrt. So entstehen quasi Ghettos von Gleichgesinnten. Drittens eine Insiderpolitik, die die eigene Wählerbasis bedient und durch teils subtile politökonomische Mechanismen besondere urbane Biotope schafft.

Während sich die grossen Schweizer Städte zu Global Cities gewandelt haben, wird das politische Personal, die Verwaltung und die Wählerschaft weiterhin von Alteingesessenen dominiert. Zieht man nicht wahlberechtigte Ausländer (zwischen 25 % und 50 %), Minderjährige und Nichtwähler ab, so liegt der Anteil der politisch aktiven Bürger an der Stadtbevölkerung bei 20 % in Genf und bei 27 % in Zürich.

Diese fehlende demokratische Repräsentation breiter Bevölkerungsschichten begünstigt lokale Klientelpolitik. Klassisches Beispiel ist der hochpreisige städtische Wohnungsmarkt, auf dem subventionierte Wohnungen weit unter Marktwert über Mechanismen zugeteilt werden, die Insider bevorzugen. So gehört etwa in Zürich jede vierte Wohnung Genossenschaften oder der Stadt selber. Ein anderer Anker sind die vielen gut bezahlten Jobs in Verwaltung, Betrieben und Institutionen, die von städtischen Geldern abhängig sind.

Nicht zuletzt profitiert Rot-Grün vom Fehlen eines schlüssigen bürgerlichen Gegenmodells für die Stadtpolitik. Die politische DNA bürgerlicher Parteien ist durch traditionelle Werte und Sozialstrukturen des ländlichen Raums geprägt. Dies ist wenig kompatibel mit den urbanen Lebenswelten vieler Grossstädter. So politisiert das bürgerliche Lager atmosphärisch und inhaltlich an den Bedürfnissen der städtischen Bevölkerung vorbei. Beispiele sind eine von traditionellem Rollenverständnis geprägte Bildungs- und Familienpolitik, eine autolastige Verkehrspolitik und ein von Gewerbeinteressen dominierte Standortpolitik.

Die Liberale Smart City als Leitbild

Einen dritten Weg zwischen der bürgerlichen und der links-grünen Stadtpolitik skizziert Avenir Suisse mit dem Leitbild der *Liberale Smart City*.

Kerngedanke des inzwischen beinahe schon inflationär verwendeten Begriffs der Smart City ist es, «*Städte durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten*». |¹

Bei der gängigen Auslegung des Smart-City-Konzeptes werden jedoch zentrale städtepolitische Erfolgsfaktoren ausgeblendet und Zielkonflikte bzw. Fehlentwicklungen negiert. Diese Interpretation von Smartness – dies zeigt auch die real existierende Schweizer Stadtpolitik – weist blinde Flecken auf:

01_ *Ausgeblendet wird meist die wirtschaftliche Dimension der Stadtpolitik.*

Sprudelnde Steuereinnahmen werden als gegeben vorausgesetzt, und es mangelt an Bewusstsein dafür, dass sie Produkt erfolgreicher Standortentwicklung sind. Zudem finden sich unter Smart-City-Protagonisten viele Wirtschaftsskeptiker. Aber auch eine Smart City braucht eine Wirtschaftsbasis.

02_ *Ausgeblendet werden Zielkonflikte, besonders solche, die sich aus der Begrenztheit finanzieller Mittel ergeben.* Wer üppige Sozialleistungen oder eine grosszügig ausgestaltete Stadtverwaltung möchte, dem bleiben weniger Ressourcen für Zukunftsinvestitionen. Auch die «Smart City» ist kein Ponyhof – Zielkonflikte müssen offen benannt und schwierige Entscheidungen gefällt werden.

03_ *Viele Vertreter der Smart-City-Bewegung verdrängen gewisse Probleme urbaner Gesellschaften.* Ein Beispiel ist die Idealisierung der multikulturellen Gesellschaft und ein Ausblenden von deren Schattenseiten. Wer die vielfältigen Probleme moderner Städte lösen will, darf die Smart City nicht verklären.

04_ *Tief verankert in der Smart-City-Bewegung sind Tendenzen, ihre Ziele durch paternalistische oder erzieherische Mittel zu verfolgen.* Den Stadtbewohnern beispielsweise ihren Energiemix vorzuschreiben, ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die Entscheidungsfreiheit (und in die föderale Kompetenzverteilung). Auch in Verkehrs-, Bildungs- oder Ernährungsfragen kippt das Streben nach der Smart City häufig ins Ideologische.

Das Konzept der Smart City ist eine gute Basis für die Stadtentwicklung, aber es bedarf vier allgemeiner Modifikationen: (1) eine stärkere Gewichtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte, (2) die Berücksichtigung von Zielkonflikten und finanzpolitischen Tradeoffs, (3) die Befreiung von den Scheuklappen politischer Denkverbote und (4) ein Verzicht auf paterna-

1 Vgl.: www.ui.city (Stand: 04.06.2018)

listischen oder ideologisch-erzieherischen Impetus. Daraus ergibt sich das Leitbild für eine Liberale Smart City. Dieses dient als Orientierungsrahmen für das Städtemonitoring und als Massstab für das indikatorenbasierte Benchmarking.

Prinzipien der Liberalen Smart City

Fünf Prinzipien sollten aus Sicht von Avenir Suisse eine moderne Stadtpolitik im Sinne der Liberalen Smart City prägen.

01_ *Smart*



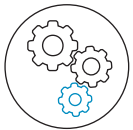
Gezielte Nutzung von Innovationen und neuen Technologien zur Lösung städtischer Probleme und zur Verbesserung der Lebensqualität. Offenheit gegenüber dem Strukturwandel und Bereitschaft, dafür politisch-administrative Reformen umzusetzen. Kompetente Verwaltung und vorausschauender Politikstil.

02_ *Liberal*



Schutz bürgerlicher und unternehmerischer Freiheiten, d.h. keine ausufernde Rolle des Staates (Etatismus, Bürokratie) oder Bevormundung (Massnahmen mit Umerziehungsanspruch, Paternalismus). Keine unnötige Einschränkung des Wettbewerbs. Gute Rahmenbedingungen für Chancengleichheit (z.B. durch Bildung) statt Ergebnisgleichheit (z.B. durch Umverteilung). Rechtsstaatlichkeit und innere Sicherheit.

03_ *Effizient*



Eine kompetente, aber schlanke Verwaltung. Effizienter und gezielter Einsatz von Steuergeldern. Die Nutzung von Marktmechanismen oder marktkonformen Instrumenten zur Verfolgung politischer Ziele (z.B. Steuerung über Anreize statt Verbote).

04_ *Nachhaltig*



Ausgewogene Berücksichtigung aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen. (i) Ökologisch: Sparsamer Umgang mit Ressourcen durch Kostenwahrheit, Internalisierung externer Effekte etc. (ii) Sozial: Generationengerechtigkeit, Chancengleichheit, Eigenverantwortung, Durchmischung. (iii) Ökonomisch: Geringe Verschuldung, ausgeglichener Haushalt, angemessene Investitionen, keine Sozialpolitik als Reparaturbetrieb für Versäumnisse im Bildungssystem und bei der Integration.

05_ *Urban*



Gewährleistung hoher Standards hinsichtlich urbaner Lebensqualität, u.a. in den Bereichen Wohnen, Infrastruktur, Freizeit und Kultur. Strategisch ausgerichteter Städtebau. Wirkungsvolle Erfüllung der Zentrumsfunktionen, z.B. durch qualitative Verdichtung. Urbane Toleranz und Offenheit, aber ohne Laissez-faire gegenüber Kriminalität, Parallelgesellschaften etc.

Auswahl der Indikatoren und Methodik

Kern des Städtemonitoring ist der Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte auf Basis eines Indikatorensystems, das gemäss dem Leitbild der Liberalen Smart City die Qualität der gegenwärtigen städtischen Politik im Sinne ihrer Zukunftsfähigkeit misst. Die Auswahl der Indikatoren richtet sich nach formalen Kriterien: So muss ein Indikator mindestens eines der oben aufgeführten Prinzipien abdecken und durch die Stadtpolitik massgeblich beeinflussbar sein. Wo es möglich ist, werden Entscheidungsgrössen (Input) gegenüber Ergebnisgrössen (Output) bevorzugt, und schliesslich muss ein Indikator eine gewisse Relevanz und Abdeckung aufweisen. Die ausgewählten Indikatoren – eine Auflistung findet sich im Inhaltsverzeichnis der Hauptstudie – verteilen sich wiederum auf acht für die Stadtpolitik relevante Sachgebiete: (1) Haushaltsführung, (2) Verwaltung, (3) Wirtschaftsfreundlichkeit, (4) Städtebau und Wohnungsmarkt, (5) Mobilität, Energie und Infrastruktur, (6) Kultur und Freizeit, (7) Bildungspolitik und Vereinbarkeit sowie (8) Sozial- und Integrationspolitik.

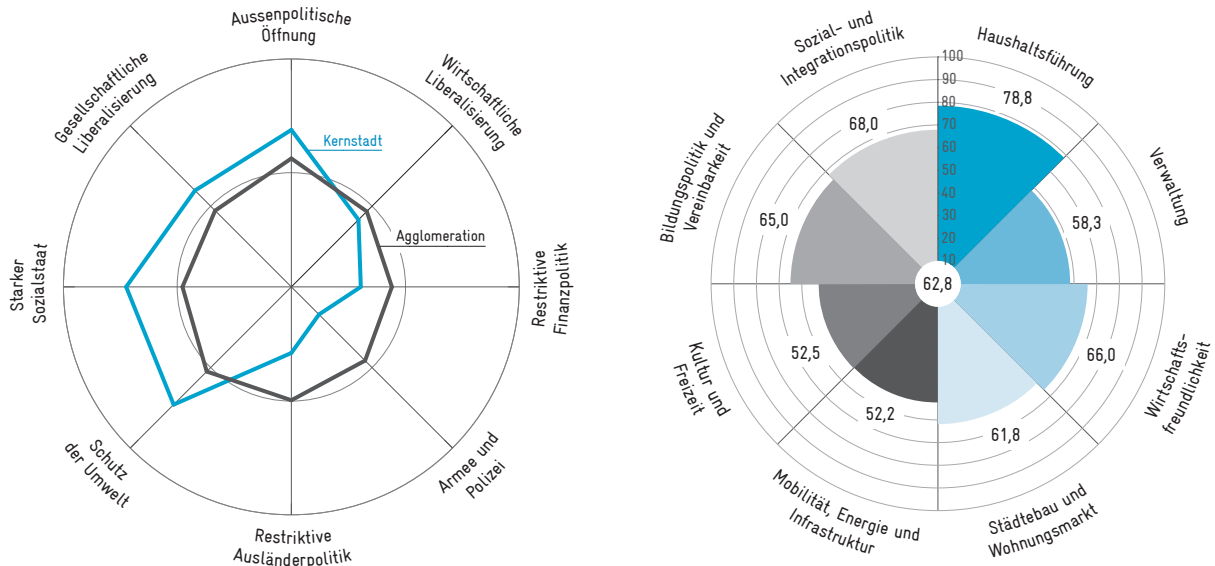
Für jeden Indikator wurde ein Ratingsystem entwickelt – für die methodischen Details sei auf die Hauptstudie, S. 46–48, verwiesen –, das die Politik der Städte auf einer Skala von 0 bis 10 Punkten bewertet.² Die einzelnen Platzierungen in jedem Sachgebiet basieren auf der erreichten Punktzahl, dargestellt in Prozent der für diesen Bereich möglichen Punkte. Die Gesamtrangliste fasst diese acht Bereichsrangings zusammen.

Während die Hauptstudie thematisch gegliedert ist, präsentiert die vorliegende Broschüre Einzelporträts der untersuchten Städte in alphabetischer Reihenfolge. Dies erlaubt einen schnellen Zugang zu den Resultaten der einzelnen Zentren, begleitet von einer Darstellung des politischen Profils jeder Stadt im Vergleich zur dazugehörigen Agglomeration. Jedes Städteporträt enthält mit den Highlights und Lowlights eine kurze Darstellung von besonders herausragenden aber auch spezifisch schwachen Ergebnissen einzelner Indikatoren. Das Fazit des Städtemonitorings ist am Schluss zusammengefasst.

² Für einige Indikatoren betrug die Bewertungsspanne 0 bis 5 bzw. 7 Punkte.

Basel

Basel erreicht im Städtemonitoring von Avenir Suisse mit 62,8% der möglichen Punkte den zweiten Gesamt-rang – um Haaresbreite vor Bern. Diese Platzierung ist vor allem ein Ergebnis dessen, dass die Stadt am Rheinknie in keinen Bereich abfällt.



Basels Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Der Finanzhaushalt der Stadt Basel ist in guter Verfassung, mit 78,8% der maximalen Punktzahl wird der 4. Platz erreicht. Positiv zu werten sind die Investitionsanstrengungen und die hohe Bonität. Probleme gibt es eher ausserhalb des regulären Staatshaushaltes, so liegt die städtische Pensionskasse erheblich in Unterdeckung.

2 _ Verwaltung

Basel platziert sich mit knapp zwei Dritteln der möglichen Punkte bei der Verwaltungsführung exakt im Mittelfeld. Während es für die Personalpolitik gute Noten gibt, trübt das Verwaltungswachstum das Gesamtergebnis.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Auch wenn Basel von der historisch gewachsenen Präsenz der Pharmaindustrie profitiert, hat es den zweiten Platz im Sachgebiet der Wirtschaftsfreundlichkeit verdient. Unternehmen lassen sich gerne in Basel nieder, und die Steuerkraft entwickelt sich enorm positiv. Allerdings liegt das Wachstum von Arbeitsplätzen gerade vor diesem Hintergrund unter den Erwartungen.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

Im Bereich Städtebau und Wohnungsmarkt lässt Basel alle anderen Städte hinter sich. Zwar wird auch hier in Anbetracht der Nachfrage zu wenig gebaut, doch ist der Wohnungsmarkt effizienter reguliert als überall sonst. Darüber hinaus sind Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen in keiner anderen Deutschschweizer Stadt auf kürzerem Weg erreichbar.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Mit 52,2% der erreichbaren Punkte verpasst Basel knapp das Podest im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturpolitik. Basel ist vor allem die velofreundlichste Stadt und verfügt über eine gute, für die Steuerzahler günstige Breitbandversorgung. Negativ ins Gewicht fallen die aus ökonomischer Perspektive zu günstige Anwohnerparkkarte und der langsame öffentliche Verkehr. Ausserdem kostet Strom nirgendwo mehr als in Basel.

6 _ Kultur und Freizeit

12,5% der erreichbaren Punkte und damit Platz 7 resultieren für Basel bei den Indikatoren im Bereich Kultur und Freizeit. Schaut man die Arbeitsplätze im Kulturbereich an, so scheint Basel bei Kulturschaffenden durchschnittlich beliebt. Negativ in die Bewertung eingeflossen ist vor allem das vergleichsweise tiefe Budget für die freie Kulturförderung.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Basel erreicht in Fragen der Bildung und der Vereinbarkeit 65% der Punkte dieses Städtemonitorings und damit den 3. Rang. Positiv aufgefallen ist die starke Einbindung der Eltern in das Schulwesen und die hohe Dichte von Krippenplätzen. Allerdings ist gerade die Subvention der ausserfamiliären Kleinkinderbetreuung relativ starr reguliert.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Die Sozial- und Integrationspolitik sorgt auch in Basel immer wieder für Diskussionsstoff. Auch wenn sich die Sozialhilfequote positiv entwickelt, fragt es sich, weshalb der Stadtkanton auf eine so einfache Integrationsmassnahme wie obligatorische Sprachkurse für Flüchtlinge verzichtet. Insgesamt reichte es mit 68% der möglichen Punkte für Platz 3, wobei der Indikator zur Sanktionsquote in der Sozialhilfe (Indikator 8.4) hier nicht mit einfluss, da Basel keine entsprechenden Daten mitteilte.

Highlights

Finanzpolitisch fällt besonders die hohe Bonität von Basel als Schuldner auf (Indikator 1.6). Hier profitiert der Stadtkanton von seiner grossen finanzpolitischen Autonomie im Vergleich zu «normalen» Kommunen. Im Vergleich zum Umland konnte Basel seine Steuerbelastung seit 2001 deutlich senken. Auch die Steuerkraft entwickelte sich seit der Jahrtausendwende (relativ zum Umland) besser als in allen Städten (plus 38,8%; Indikator 3.1).

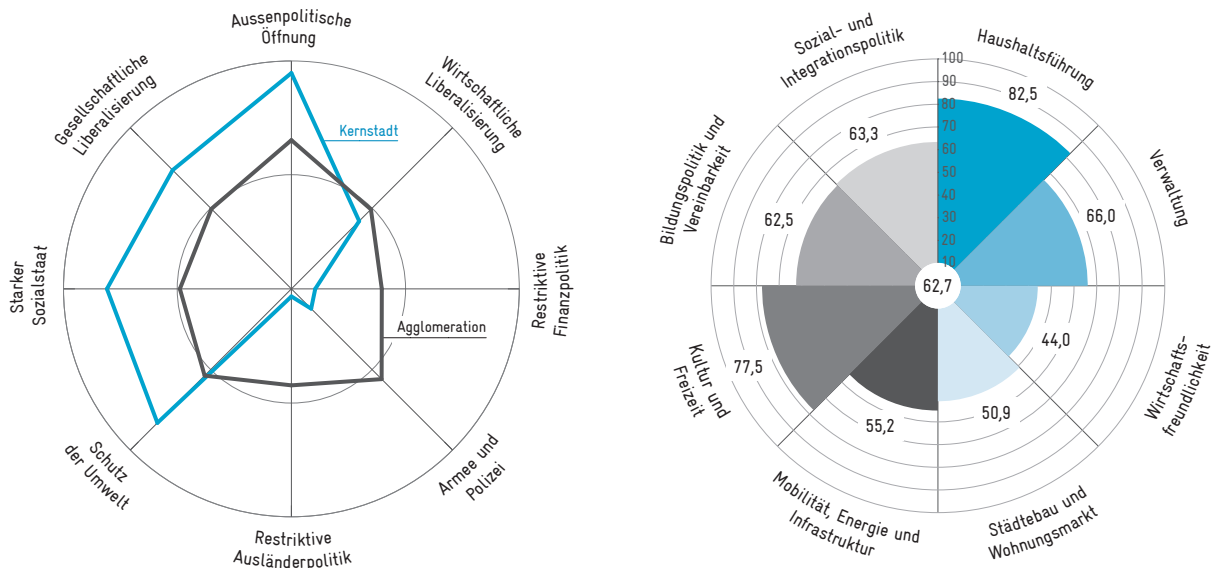
Besonders positiv zu erwähnen ist, dass Basel als einzige Stadt (noch) auf das Prinzip der Subjekthilfe im Bereich der Wohnraumsubventionierung setzt (Indikator 4.3). Dieses System ist nicht nur effizienter, sondern bezüglich Kostenwahrheit auch transparenter als das verbreitete System der Objekthilfe. Schliesslich ist Basel mit Abstand die velofreundlichste Stadt in diesem Monitoring (Indikator 5.6). Am Rheinknie wird das Zweirad nicht nur oft genutzt, es geschehen auch relativ wenige Unfälle.

Lowlights

Auch wenn das hohe Gewicht der Pharmaindustrie (aufgrund der schwankenden Steuererträge) Budgetprognosen schwieriger macht als anderswo, ist die Prognoseungenauigkeit im Schnitt der letzten Jahre doch überraschend hoch (Indikator 1.4). Weiter wächst die Verwaltung bezüglich Kosten und Personal gesamthaft schneller als in allen anderen Städten (Indikatoren 2.1 & 2.2). Freilich befindet sich Basel als Stadtkanton in einer speziellen Situation, was dieses Wachstum erklären könnte, doch konnten keine entsprechenden Sonderfaktoren ausgemacht werden.

Bern

Die Bundesstadt liegt mit einer Quote von 62,7% auf Platz 3 des Gesamtrankings – um Haaresbreite hinter Basel. Im Bereich «Kultur und Freizeit» erzielt sie das beste Ergebnis aller Städte, in allen anderen Sachgebieten ist sie zumindest nie schlechter als auf Rang 7 platziert.



Berns Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Zusammen mit Zürich schneidet Bern bei den finanzpolitischen Indikatoren am besten ab: Die Aarestadt erreicht satte 82,5% der möglichen Punkte. Der Haushalt ist in der Regel ausgeglichen (es werden eher zu viele Überschüsse erzielt), die Investitionen gut finanziert. Dunkle Wolken für die Staatskasse tun sich allerdings aufgrund der unterdeckten Pensionskasse auf.

2 _ Verwaltung

Gerade noch vor Zürich aufs Podest schafft es Bern mit 66 % der erreichbaren Punkte in Bezug auf die Verwaltungsführung. Vor allem das Personalmanagement erweist sich – basierend auf den Indikatoren – als weitgehend vorbildlich. Allerdings wächst die Verwaltung stärker als in anderen Städten.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Verhältnismässig schlecht abgeschnitten hat die Bundesstadt im Bereich der Wirtschaftsfreundlichkeit (44 % der erreichbaren Punkte; Rang 7). Zwar entwickelt sich die Steuerkraft positiv, doch als Arbeitsort für den privatwirtschaftlichen Sektor verliert Bern an Beliebtheit.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

Etwas mehr als die Hälfte der möglichen Punkte erhält Bern für seine Wohnungsmarkt- und Planungspolitik, was für den 7. Rang reicht. Zwar ist die Mietpreisbildung nur verhältnismässig wenig verzerrt, doch die zu tiefe Bautätigkeit führt zu Druck auf den Wohnungsmarkt. Leere Gewerberäume deuten auf eine mässig effiziente Zonenplanung hin.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Ex aequo mit Winterthur schafft es Bern mit seiner Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturpolitik auf den 2. Platz (55,2% der möglichen Punkte). Die Breitbandversorgung ist gut und hat relativ wenig Kosten für den Steuerzahler generiert, die Stromkosten liegen im Schweizer Durchschnitt. Allerdings fliesst der Autoverkehr langsam, und Anwohnerparkkarten werden günstiger als ökonomisch sinnvoll vergeben.

6 _ Kultur und Freizeit

Mit 77,5% der erreichbaren Punkte behauptet sich Bern als Stadt mit der liberalsten und effizientesten Kulturpolitik. Die Aarestadt nutzt das Steuerungsinstrument der Kostendeckungsgrade effizient, das Budget für die freie Kulturförderung ist hoch. Nur die Förderkriterien könnten ökonomisch nachvollziehbarer definiert werden.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Auf den 4. Platz mit 62,5% der erreichbaren Punkte kommt Bern im Bereich Bildungspolitik und Vereinbarkeit. Eltern werden gut ins Schulwesen einbezogen, die Hauptstadt sieht sich als Bildungsmetropole und ist entsprechend offen für Privatschulen. Nur die verhältnismässig tiefe Dichte an Krippenplätzen verhindert ein besseres Ergebnis.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Wiederum knapp nicht aufs Podest kommt Bern bei der Sozial- und Integrationspolitik (63,3% der potenziellen Punkte). Die Bundesstadt nutzt zwar wichtige Integrationsinstrumente wie Sprachtests für ausländische Kinder und Projekte zur Arbeitsmarktintegration, doch werden im heiklen Bereich der Sozialhilfe nur sehr selten Sanktionen ausgesprochen.

Highlights

Bern konnte seit Beginn des Jahrtausends eine erhebliche Belastung durch Schuldzinsen (teilweise über 10% der Steuererträge) in einen fast ebenso hohen Nettoertrag umwandeln (Indikator 1.3) – finanzpolitisch eine vorbildliche Entwicklung. Ausserdem verfügt Bern als einzige Stadt neben Biel über ein sachgebietsübergreifendes Gebührenreglement, in dem eine Auflistung aller städtischen Gebühren zu finden ist (Indikator 1.8).

Aufgefallen ist Bern auch mit dem mit Abstand höchsten (relativen) Budget für die freie Kulturförderung (Indikator 6.2). Immerhin 14% fliessen hier in die «Vielfalt».

Lowlights

Bern verzeichnete zwischen 2001 und 2015 in der Privatwirtschaft ein um 9,3 Prozentpunkte niedrigeres Arbeitsplatzwachstum als seine Umlandgemeinden (Indikator 3.2). Will die Bundesstadt auch attraktiver Arbeitsort für die Privatwirtschaft bleiben, muss sie wohl über die Bücher. Mit 1,51 zusätzlichen Vollzeitstellen pro 1000 Einwohner zwischen 2011 und 2016 ist ausserdem die Kernverwaltung stärker gewachsen als in fast allen anderen Städten (Indikator 2.2). Ob sich das auch in den Kosten niederschlägt, konnte allerdings nicht festgestellt werden, denn die Verbuchungspraxis der Stadt Bern erlaubt keinen kohärenten Nachvollzug der Kernverwaltungsausgaben (Indikator 2.1).

Auffallend ist schliesslich, dass im Bereich der Sozialhilfe enorm selten Sanktionen ausgesprochen werden (in 1,5% der Fälle; Indikator 8.4). Hier muss Bern aufpassen, dass damit das Vertrauen in das System der Sozialhilfe nicht untergraben wird.

Biel

Biel hat über alle untersuchten Themenkomplexe hinweg 49 % der möglichen Punkte erreicht. Im Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte reicht das für den 8. Platz.



Biels Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Biel erreicht mit 80 % aller möglichen Punkte für seine Haushaltsführung den 3. Platz. In der Hälfte aller Indikatoren dieses Teilgebiets werden mit 9 oder mehr Punkten bemerkenswerte Leistungen erreicht. So konnte zwischen 2000 und 2017 gegenüber dem Umland der Steuerfuss um 8 Prozentpunkte gesenkt werden. Negativ ins Gewicht fällt der tiefe Deckungsgrad der städtischen Pensionskasse.

2 _ Verwaltung

Knapp die Hälfte aller möglichen Punkte erreicht Biel im Bereich Verwaltung und liegt damit auf dem zweitletzten Platz. Dies liegt vor allem am eher schwachen Abschneiden bei den Indikatoren zur Personalpolitik. Positiv zu werten ist der relativ hohe Auslagerungsgrad bei den städtischen Betrieben.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Die erreichten 42% der Punkte bringen Biel ins untere Mittelfeld der Wirtschaftsfreundlichkeit. Besonders Negativ ins Gewicht fällt ist die geringe Anzahl von bedeutenden Unternehmen und Startups. Wer in Biel bauen will, profitiert dafür von kurzen Bewilligungszeiten – nur St. Gallen schneidet diesbezüglich besser ab.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

Biel platziert sich mit 51,1% der erreichbaren Punkte im Mittelfeld. Angebots- und Bestandesmieten driften in der Drei-Seen-Stadt nur wenig auseinander, was auf einen gut funktionierenden Wohnungsmarkt hindeutet. Auch nimmt der Bestand an Wohnraum schneller zu als in anderen Städten. Negativ ausgewirkt hat sich der tiefe Anteil Grünanlagen auf dem Stadtgebiet und die mässig gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Biel erreicht etwas weniger als die Hälfte der möglichen Punkte (46,3%), das reicht fürs untere Mittelfeld. Die Netzabdeckung mit Glasfasern ist die tiefste aller Städte, allerdings verzichtet Biel dafür auch auf den Einsatz öffentlicher Mittel beim entsprechenden Ausbau. Der Fluss des Strassenverkehrs wird zwar besonders gut gehandhabt, dafür kommt man im öffentlichen Verkehr eher langsam vorwärts.

6 _ Kultur und Freizeit

55% aller möglichen Punkte erreicht Biel im Bereich Kultur und Freizeit. Das ergibt einen Platz im Mittelfeld. Die Subventionspraxis folgt den gängigen Standards, flächendeckende statt nur partiell vereinbarte Kostendeckungsziele wären eine einfach umzusetzende Verbesserung. Auch bei der Vermietung von Sportstätten dürfte sich Biel liberaler zeigen.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Bildungspolitik und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben gehören nicht zu den Stärken von Biel. 32,5% der möglichen Punkte werden erreicht. Positiv ins Gewicht fallen die Massnahmen zur Elternpartizipation in Schulen. Negativ erweist sich das starre Krippenwesen und die relativ tiefe Dichte an Betreuungsplätzen.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Biel gilt als sozial- und integrationspolitischer Hot-Spot. Entsprechend wenig überrascht die tiefe Punktquote von 36,7%. Die Sozialhilfequote ist die höchste aller untersuchten Städte, und sie nahm in den letzten Jahren weiter zu.

Highlights

Gegenüber seinem Umland kann Biel eine erfreuliche Steuerfussentwicklung vorweisen (Indikator 1.7). Zudem hat Biel als einzige Stadt neben Bern ein sachgebietsübergreifendes Gebührenreglement mit einer Auflistung aller städtischen Gebühren (Indikator 1.8). Im Vergleich zu den anderen Städten fällt der hohe Auslagerungsgrad der städtischen Betriebe auf (Indikator 2.4). Öffentlicher Verkehr und Elektrizitätswerke sind als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten organisiert, der Bereich Recycling und Entsorgung ist sogar in eine Aktiengesellschaft mit privater Beteiligung ausgegliedert.

Auch sticht Biel bei der Einbindung der Elternschaft in das Schulwesen hervor, die Mitspracherechte sind hier besonders ausgebaut (Indikator 7.1). Die Arbeitsplatzentwicklung im Kultursektor zeigt sich im Vergleich zu anderen Sektoren sehr dynamisch (Indikator 6.4).

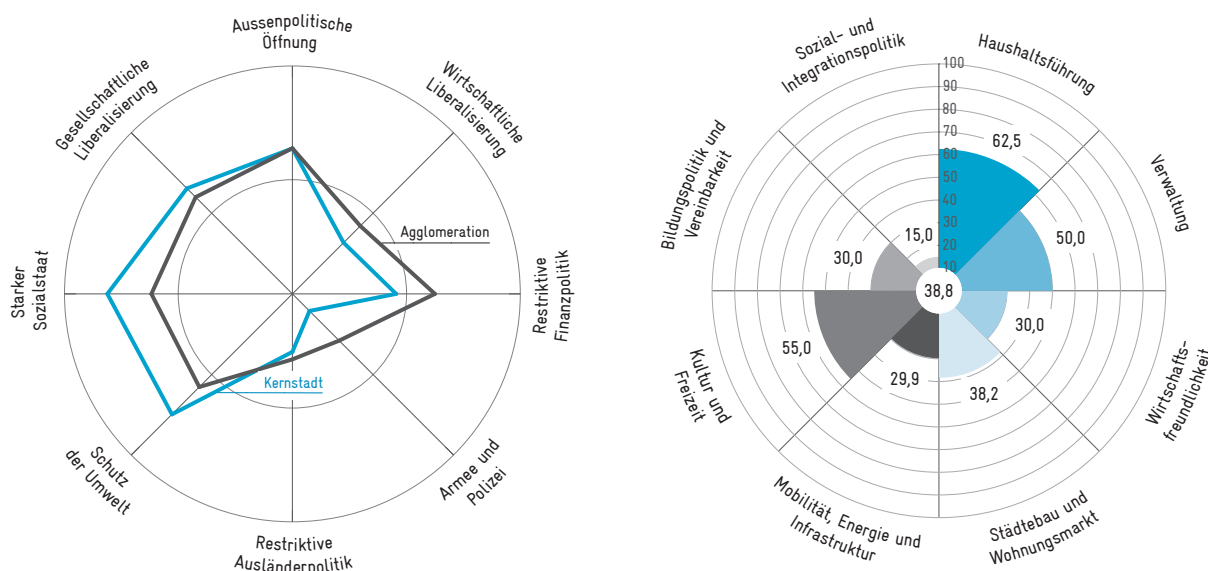
Lowlights

Besonders die Entwicklung der Sozialhilfequote bedeutet eine grosse Herausforderung für Biel. Die Stadt im Seeland spricht sehr selten Sanktionen aus – hier müsste man bei der entsprechenden Praxis wohl über die Bücher (Indikatoren 8.4 & 8.5). Die geringe Dichte an SPI-Unternehmen und Startups spricht für eine begrenzte Attraktivität Biels als Unternehmensstandort (Indikatoren 3.3 und 3.4). Im Kontrast zum schnellen Wachstum des Kultursektors steht die städtische Kulturförderung: Nur 6% der Gelder gehen an freie Kulturträger (Indikator 6.2).

Hervorzuheben sind schliesslich die Probleme, die sich bei der Erfassung der Verwaltungskostenentwicklung ergeben haben. Leider konnte diese aufgrund der unetstetigen Verbuchungspraxis nicht für eine Auswertung verwendet werden (Indikator 2.1). Im Sinne der Transparenz wären daher Anpassungen in der Rechnungslegungspraxis wünschenswert.

Genf

Mit durchschnittlich 38,8% der erreichbaren Punkte über alle untersuchten Themenkomplexe hinweg liegt Genf auf dem letzten Platz im Städtemonitoring von Avenir Suisse. Bei der Sozial- und Integrationspolitik ist der Reformbedarf besonders gross.



Genfs Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1_Haushaltsführung

Mit gesamthaft 62,5% der Punkte schafft es Genf mit seiner Finanzpolitik ins untere Mittelfeld. Bei den einzelnen Indikatoren schneidet die Rhonestadt sehr unterschiedlich ab. Positive Nettozinserträge, hohe Investitionen und die Budgetgenauigkeit stimmen optimistisch. Problematisch sind hingegen die im Vergleich zum Umland ungünstige Entwicklung des Steuerfusses und die stark unterdeckte Pensionskasse.

2_Verwaltung

Die Verwaltungsführung bringt Genf mit exakt der Hälfte der erreichbaren Punkte auf den 8. Rang in diesem Gebiet. Positiv ins Gewicht fällt der relativ hohe Auslagerungsgrad bei den städtischen Betrieben. Weniger rosig sieht es bei der Entwicklung der Verwaltungskosten und des Personalbestands aus.

3_Wirtschaftsfreundlichkeit

Genf musste einen grossen Verlust an Steuerkraft gegenüber dem Umland hinnehmen. Dazu passt, dass in den Umlandgemeinden weit mehr neue Arbeitsplätze entstanden sind als in der Kernstadt. Insgesamt landet Genf in diesem Set von Indikatoren abgeschlagen auf Platz 10.

4_Städtebau und Wohnungsmarkt

Genf profitiert hier prinzipiell von Indikatoren, die eine gewisse historische Pfadabhängigkeit aufweisen. Die Grünflächen etwa sind im Vergleich ausgeprägt, und innerhalb der Kernstadt sind die wichtigsten Dienstleistungen gut zu erreichen. Allerdings würgt die strenge Regulierung den Wohnungsmarkt fast auf allen Ebenen ab. Der letzte Platz mit 38,2% der möglichen Punkte ist die Folge.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

29,9 % der möglichen Punkte erreicht Genf in diesem Bereich und landet damit auf dem zweitletzten Platz knapp vor Lausanne. Positiv ist einzig die relativ gute Abdeckung mit Breitbandanschlüssen, die bei 95 % liegt, zu erwähnen. Die Genfer Verkehrspolitik weist jedoch Defizite auf diversen Ebenen auf: Der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs ist tief, der Autoverkehr fliesst schlecht und die Parkraumbewirtschaftung erweist sich als ineffizient.

6 _ Kultur und Freizeit

55 % der Punkte und damit Rang 5 erreicht Genf im Bereich Kultur und Freizeit. Dank systematischer Erfassung der Kostendeckungsgrade wird eine gute Übersicht zur Lage der städtischen Kulturinstitutionen erreicht. Für Leistungsvereinbarungen genutzt wird dieser Effort allerdings nicht. Negativ ins Gewicht fallen die einengenden Vorgaben bei der Kulturförderung.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Im Bereich Bildungspolitik bzw. Vereinbarkeit von Beruf und Familie landet Genf mit 30 % der Punkte im letzten Drittel. Private Bildungsanbieter werden stiefmütterlich behandelt, die Weiterbildung von Lehrkräften wird nicht unterstützt. Das Angebot an Krippenplätzen ist durchschnittlich, für eine Weltstadt wie Genf aber eigentlich erstaunlich klein.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Nur 15 % aller möglichen Punkte in einem der wohl wichtigsten Bereiche urbaner Politik sprechen eine deutliche Sprache. Es zeigt sich eine unglückliche Kombination steigender Herausforderungen (die Sozialhilfequote ist absolut und relativ zum Umland gestiegen) und fehlendem Engagement bei eigentlich einfachen Integrationsmassnahmen (Arbeitsmarktintegration, Sprachkurse für Flüchtlinge).

Highlights

Die Investitionsanstrengungen entsprechen dem ökonomischen Ideal, und ein Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von über 100 % spricht für eine umsichtige Finanzplanung (Indikator 1.2). Genf erzielte darüber hinaus im Jahr 2016 die höchsten Nettozinserträge (Zinserträge auf Vermögen abzüglich Fremdkapitalzinsen) aller Städte (8,9 % der Steuererträge; Indikator 1.3).

Sehr positiv aufgefallen ist auch der hohe Anteil an Grünflächen auf dem Stadtgebiet (Indikator 4.5) sowie die gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen (Indikator 4.6). Dies sind relevante Faktoren für die urbane Lebensqualität.

Lowlights

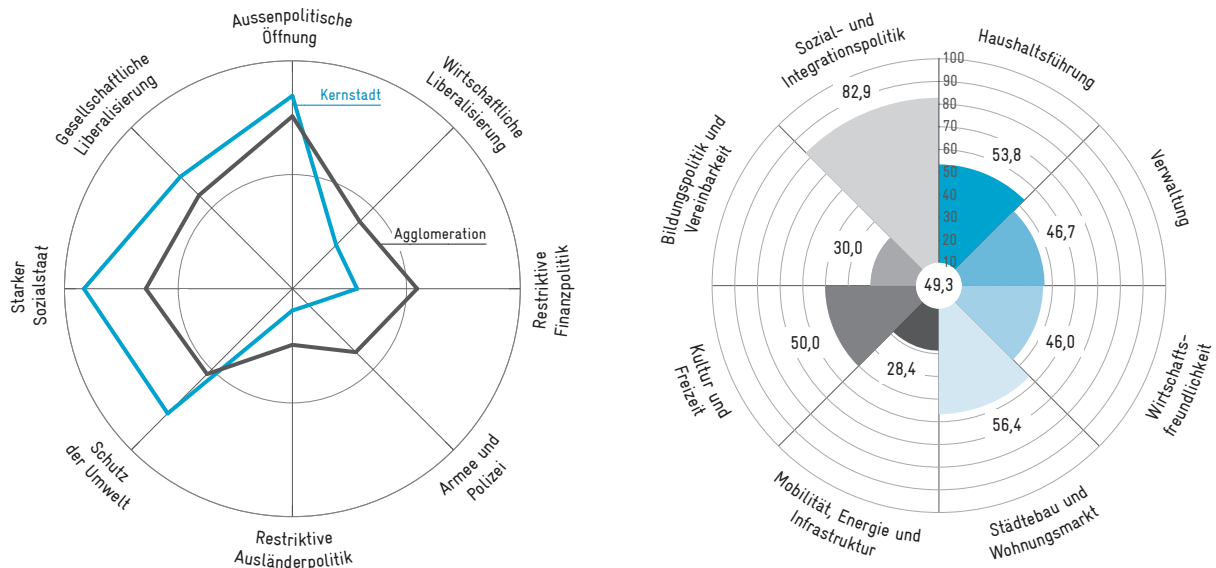
Der Genfer Wohnungsmarkt ist bei weitem der ineffizienteste aller Städte, was man vor allem an der geringen Bautätigkeit und der grossen Mietpreisschere sieht (Indikatoren 4.1 und 4.2).

Genf musste einen grossen Verlust an Steuerkraft gegenüber dem Umland hinnehmen. Das Steuerkraftgefälle zwischen Stadt und Umland sank zwischen 2000 und 2016 von 68 % auf 27 % (Indikator 3.1). Zudem ist die städtische Pensionskasse mit einem (standardisierten) Deckungsgrad von rund 73 % massiv unterfinanziert – auf den Steuerzahler kommen also potenziell noch Mehrbelastungen zu.

Unerfreulich ist die Entwicklung auch bei den Verwaltungskosten. Alleine zwischen 2010 und 2016 sind sie pro Kopf über 10 % gestiegen (Indikator 2.1). Zudem sind die Angestellten öfter krank als der Durchschnitt – über eine Arbeitswoche mehr betragen die zusätzlichen Absenzen pro Jahr (Indikator 2.5).

Lausanne

Lausanne schafft es mit 49,3% der gesamthaft erreichbaren Punkte ganz knapp vor Biel auf Platz 7 des Städtemonitorings. Es ist damit die bestklassierte nicht-deutschsprachige Stadt. Die deutlich beste Teilwertung aller Zentren erreicht Lausanne im Bereich der Sozial- und Integrationspolitik, die schlechteste dagegen im Sachgebiet «Mobilität, Energie und Infrastruktur».



Laussanes Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1_Haushaltsführung

Bei der Nachhaltigkeit seiner Haushaltsführung liegt Lausanne auf dem zweitletzten von zehn Plätzen. Zwar erreicht die Stadt mit 54 % mehr als die Hälfte der Maximalpunktzahl, doch im Vergleich zum sehr hohen Niveau der anderen Städten steht sie relativ schlecht da. Grösstes Sorgenkind ist die städtische Pensionskasse, die sich stark in Unterdeckung befindet. Auch der Steuerfuss entwickelt sich im Vergleich zum Umland nicht glänzend.

2_Verwaltung

Bei der Verwaltung liegt Lausanne mit 46,7% der erreichbaren Punkte an letzter Stelle. Zwar erreicht die Stadt bei allen sechs Indikatoren einige Punkte, aber sie brilliert in keinem Indikator. Verwaltungskosten und Personalbestand sind relativ stark gewachsen, Dienstleistungen werden seltener als in anderen Städten digital angeboten.

3_Wirtschaftsfreundlichkeit

In Sachen Wirtschaftsfreundlichkeit befindet sich Lausanne mit 46% der möglichen Punkte im eng gestaffelten Mittelfeld. Lausanne verfügt über viele Startups, dagegen dauern Baubewilligungen sehr lange.

4_Städtebau und Wohnungsmarkt

Lausanne erreicht in diesem Bereich mit 56,4% der möglichen Punkte Platz 4 und ist damit die Bestplatzierte unter den nicht-deutschsprachigen Städten. Bei den Indikatoren zur Entwicklung des Wohnungsmarktes schneidet Lausanne sehr schlecht ab, bei denjenigen zur Stadtplanung dagegen sehr gut.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Lausanne belegt in diesem Sachgebiet mit nur 28,4 % der erreichbaren Punkte den letzten Platz aller zehn Städte. In keinem einzigen der sieben Indikatoren erreicht die Metropole am Genfersee eine gute Bewertung. Das Glasfasernetz hat die Steuerzahlenden zu viel gekostet, Velofahrer haben es schwer, und ein Parkleitsystem fehlt komplett.

6 _ Kultur und Freizeit

In diesem Sachgebiet liegt Lausanne mit Platz 8 am Ende des Mittelfelds. Die Stadt erreicht exakt die Hälfte der maximalen Punktzahl. Sehr dynamisch ist die Arbeitsplatzentwicklung im Bereich Kultur. Würde Lausanne für die Vermietung von Sporthallen keine Vereinsmitgliedschaft fordern, läge die Gemeinde in diesem Sachgebiet auf Platz 3.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Lausanne liegt in diesem Bereich auf Platz 8 – in Gesellschaft mit den anderen nicht deutschsprachigen Städten, die geschlossen die Plätze 7 bis 10 belegen. Die Stadt punktet nur bei der Elternpartizipation und bei der Angebotsdichte der Kleinkinderbetreuung.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Lausanne führt das Klassement in diesem Bereich deutlich vor allen anderen Städten an. Die Stadt holt in vier von fünf Indikatoren die Maximalpunktzahl. Einzig Sprachtests für ausländische Kinder werden nicht angeboten.

Highlights

Laussanes Markt für Gewerberäume scheint einigermaßen effizient zu sein: Die Stadt weist mit 1,4 % einen geringen, aber genügend hohen Leerstand auf (Indikator 4.4). Sie hat zudem mit 16 % der Siedlungsfläche neben Genf die meisten innerstädtischen Grün- und Erholungslagen (Indikator 4.5). Auch im Umgang mit Parkraum zeigt sich ein sensibler Umgang mit Boden: Der Preis für Anwohnerparkkarten ist mit 500 Fr.pro Jahr angemessen hoch (Indikator 5.7). Auch im für die Städte herausfordernden Bereich der Sozialhilfe macht Lausanne einen guten Job: Mit häufigen Sanktionen verhindert die Stadt, dass die Sozialhilfe zum bedingungslosen Grundeinkommen verkommt (Indikator 8.4). Relativ zum Umland konnte Lausanne die Sozialhilfequote denn auch deutlich senken (Indikator 8.5).

Lowlights

Die städtische Pensionskasse weist mit einem harmonisierten Deckungsgrad von bloss 56,9 % eine Finanzierungslücke grotesken Ausmasses auf. Lausanne liegt damit abgeschlagen an letzter Stelle, obwohl auch die Pensionskassen vieler anderer Städte in deutlicher Unterdeckung sind (Indikator 1.5). Die Angestellten der städtischen Verwaltung ziehen in Lausanne pro Jahr durchschnittlich 13,2 Krankheitstage ein. Das sind fünf Tage mehr als im Durchschnitt aller öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz (Indikator 2.5).

Laussanes Steuerkraft lag im Jahr 2016 deutlich unter jener seiner Umlandgemeinden – in allen anderen Zentren übertraf die städtische Steuerkraft jene des Umlandes (Indikator 3.1). Vom Einreichen eines Baugesuchs bis zum Erteilen der Baubewilligung verstreichen in Lausanne durchschnittlich über 200 Tage – das sind anderthalb Monate mehr als im Mittel der zehn Städte (Indikator 3.5). Überdenken sollte Lausanne schliesslich die Finanzierung und Ausgestaltung seines öffentlichen Verkehrs: Mit einem Kostendeckungsgrad von bloss 37 % tragen die Nutzer kaum mehr als einen Drittel der von ihnen verursachten Kosten, den Rest be-rappen die Steuerzahler (Indikator 5.3).

Lugano

In der Tessiner Metropole scheint die Sonne öfter als in den anderen Städten dieses Monitoring. Bezogen auf die Stadtpolitik schaffte es Lugano mit 43,1% der erreichbaren Punkte allerdings nur auf Platz 9 – obwohl es in einigen Bereichen durchaus brillierte.



Luganos Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Nur bedingt überzeugt Lugano mit seiner Haushaltsführung, wobei es auch auf dem letzten Rang dieses Bereichs immer noch 47,5% der möglichen Punkte erreichte. Zwar schliesst in der Regel die Staatsrechnung auch in Lugano ausgeglichen ab, doch ist der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen tief, die Pensionskasse liegt in Unterdeckung und der Steuerfuss entwickelt sich unvorteilhaft.

2 _ Verwaltung

Mit deutlichem Abstand vor allen anderen Städten und 76,7% der erreichbaren Punkte platziert sich Lugano mit seiner Verwaltungsführung auf dem 1. Rang. Verwaltungskosten und Personalbestand wurden in den vergangenen Jahren reduziert, der Auslagerungsgrad der städtischen Betriebe ist hoch. Nur die fehlende Kenntnis über das durchschnittliche Pensionierungsalter der Angestellten ist ein Wermutstropfen.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Mit 38% am zweitwenigsten Punkte der Städte erreicht Lugano in Bezug auf die Wirtschaftsfreundlichkeit. Zwar darf sich die Tessiner Metropole über ein ordentliches Arbeitsplatzwachstum freuen, doch hat sich die Steuerkraft relativ zu den Umlandgemeinden negativ entwickelt und kein einziges SPI-kotiertes Unternehmen hat seinen Sitz in Lugano.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

Ebenfalls auf den zweitletzten Platz reicht es der grössten Tessiner Stadt im Bereich Städtebau und Wohnungsmarkt (41,8% der erreichbaren Punkte). Am Luganersee ist die Bautätigkeit zwar relativ hoch und der Leerstand bei Gewerberäumen erfreulich tief, doch verfügt die grösste Tessiner Stadt nur über wenig siedlungsinterne Grünflächen. Auch sind Dienstleistungen für die Einwohner schlecht erreichbar.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

40,3 % der möglichen Punkte erreicht Lugano für seine Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturpolitik. Damit landet die Stadt immerhin deutlich vor den beiden Letztplatzierten. Lugano verzichtet auf den Einsatz von Steuergeldern beim Aufbau seines Breitbandnetzes und darf sich über einen verhältnismässig flüssigen Strassenverkehr freuen. Allerdings ist der öffentliche Verkehr teuer und langsam, die Strompreise ausserdem hoch.

6 _ Kultur und Freizeit

Nur auf den letzten Platz mit einem Drittel der erreichbaren Punkte kommt Lugano im Bereich Kultur und Freizeit. Dies liegt vor allem daran, dass die Stadt auf eine systematische Erhebung von Kostendeckungsgraden der unterstützten Projekte verzichtet. Die Förderkriterien wären im Übrigen nämlich vorbildlich ausgestaltet.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Mit bloss 27,5 % der möglichen Punkte erreicht Lugano mit seiner Bildungs- und Vereinbarkeitspolitik Rang 10. Hauptproblem ist die wenig elternfreundliche Ausgestaltung der Subventionierung der familienexternen Kleinkinderbetreuung und die tiefe Dichte an Krippenplätzen. Bildungspolitisch positiv ist das Engagement bei der Weiterbildung von Lehrkräften zu werten.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Im unteren Mittelfeld liegt Lugano mit seiner Sozial- und Integrationspolitik (40 % der erreichbaren Punkte; Rang 7). Die Sozialhilfequote ist zwar relativ stabil, doch werden nur sehr selten Sanktionen ausgesprochen. Im Bereich der Integrationspolitik schlägt der Verzicht auf obligatorische Sprachkurse für Flüchtlinge negativ zu Buche.

Highlights

Lugano fällt vor allem mit seiner vorbildlichen Politik im Bereich der Verwaltungsführung auf. Die Kosten der Kernverwaltung konnten zwischen 2010 und 2016 pro Einwohner um über 15 % gesenkt, der Personalbestand auf bereits tiefem Niveau reduziert werden (Indikatoren 2.1 und 2.2). Der Wert ist beachtlich, trotz möglicher Effizienzgewinne durch die Eingemeindungen. Die umsichtige Verwaltungsführung zeigt sich implizit auch beim Auf- und Ausbau des Breitbandinternets auf dem Stadtgebiet. Ohne den Einsatz von Steuergeldern verfügt Lugano über eine hohe Abdeckung von 90 % (Indikator 5.1).

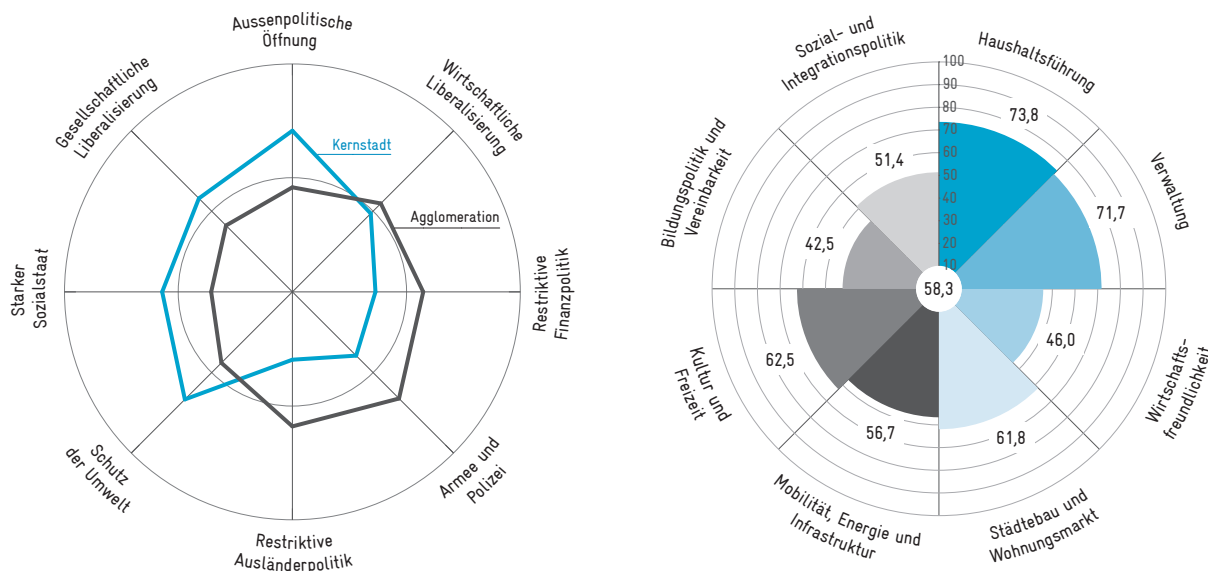
Lowlights

Lugano hat zwischen 2010 und 2016 sehr hohe, weit über dem Optimum liegende Investitionen vorgenommen und wies dabei einen Selbstfinanzierungsgrad von nur 35 % auf (Indikator 1.2). Möglicherweise ist dieses Missverhältnis auf Anstrengungen im Zusammenhang mit den diversen Eingemeindungen zurückzuführen. Weiter musste Lugano einen grossen Verlust an Steuerkraft gegenüber dem Umland hinnehmen (Indikator 3.1).

In Lugano schützt der öffentliche Verkehr nur davor, nass zu werden. Denn schneller als zu Fuss ist man damit kaum: Die mittlere Geschwindigkeit von Tür zu Tür beträgt 5,6 km/h (Indikator 5.4). Und auch als Eltern auf der Suche nach Krippenplätzen hat man es in der Tessiner Metropole schwer. Pro 100 Kinder im Vorschulalter existieren nur gerade 15,6 Betreuungsplätze (Indikator 7.5).

Luzern

Luzern erreicht über alle untersuchten Themenkomplexe hinweg 58 % der möglichen Punkte und landet damit auf dem vierten Rang. In den Sachgebieten 4 und 5 schafft es Luzern auf Platz 1.



Luzerns Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Mit knapp 73,8% aller Punkte schafft es Luzern in die obere Hälfte der Rangliste – und dies mit komfortablem Vorsprung auf die nachfolgenden Städte. Positiv zu diesem Abschneiden beigetragen haben die hohen Investitionen und die gut ausgestattete Pensionskasse. Verbesserungspotenzial böte sich dagegen bei der Transparenz der städtischen Gebührenordnung.

2 _ Verwaltung

Nur Lugano schneidet hier besser ab als Luzern, das mit über 71,7% der Punkte erreicht. Die Verwaltungskosten und der Personalbestand konnten in den letzten Jahren klar gesenkt werden. Gleichzeitig wurde beim E-Government (sämtliche geprüfte Dienstleistungen können online abgewickelt werden) die Maximalpunktzahl erreicht. Punkte vergeben hat Luzern durch fehlende Angaben zentraler personalpolitischer Kennzahlen.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Luzern schafft es mit 46% der Punkte ins Mittelfeld. Positiv aufgefallen ist die – relativ zur Bevölkerung – hohe Präsenz an börsenkotierten Unternehmen (3. Platz hinter Zürich und Basel). Auf der anderen Seite erwähnenswert ist das Abschneiden bei der Dauer der Baubewilligungen. 172 Tage müssen sich Bauherren gedulden – zwei Wochen mehr als im Durchschnitt der Städte.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

Mit 61,8% erreicht Luzern in diesem Bereich zusammen mit Basel den 1. Rang. Zwar ist die Bautätigkeit gemessen an der Nachfrage zu tief, doch funktioniert der Wohnungsmarkt wesentlich effizienter als in fast allen anderen Städten.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Den Spitzenplatz schafft Luzern, wenn es um Verkehrs- und Energiepolitik geht. Mit im Vergleich moderaten Investitionskosten für die Stadt (440 Fr./Einwohner) erreicht Luzern eine umfassende Breitbandversorgung. Parkraum wird effizient bewirtschaftet, der Strompreis für die Haushalte ist moderat. Einzig die Verkehrsflussoptimierung ist klar verbesserungswürdig.

6 _ Kultur und Freizeit

Luzern kommt auf etwas mehr als 60 % der möglichen Punkte, was für den dritten Rang reicht. Positiv ins Gewicht fällt der stärker als in anderen Städten ausgeprägte Ansatz, nicht nur institutionalisierte Kultur zu fördern. Eher negativ aufgefallen ist die lückenhafte Erhebung von Kostendeckungsgraden.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Im unteren Mittelfeld mit 42,5 % der erreichbaren Punkte platziert sich Luzern mit seiner Bildungs- und Vereinbarkeitspolitik. Auffallend sind die schlecht ausgebaute Partizipation der Eltern im Schulwesen sowie das tiefe Angebot an Krippenplätzen, wobei die Eltern bei der Wahl der Betreuungsform immerhin weitgehend freie Hand haben.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Die Sozial- und Integrationspolitik gehört zu den umstrittenen Themenfeldern der Stadtpolitik. Luzern erreicht hier mit 54,1 % der möglichen Punkte den 6. Platz. Im Vergleich zu den anderen Städten wendet Luzern ein striktes Sanktionskonzept in der Sozialhilfe an, trotzdem ist die Sozialhilfequote gewachsen.

Highlights

Luzern ist seit einigen Jahren Vorreiter für ein freiheitliches und effizientes System der Subventionierung der Kleinkinderbetreuung (Indikator 7.4). Die Vergabe von Betreuungsgutscheinen für Kinder im Vorschulalter funktioniert lehrbuchmässig. Weiter erzielte die Stadt am Vierwaldstättersee 2016 Nettozinserträge im Umfang von 8,7 % ihrer Steuereinnahmen (Indikator 1.3). Positive Nettozinserträge im Staatswesen sind zumindest in diesem Ausmass ungewöhnlich. Auch die Verwaltungskosten hat Luzern im Griff: Diese sanken zwischen 2010 und 2016 um 11 % (Indikator 2.1).

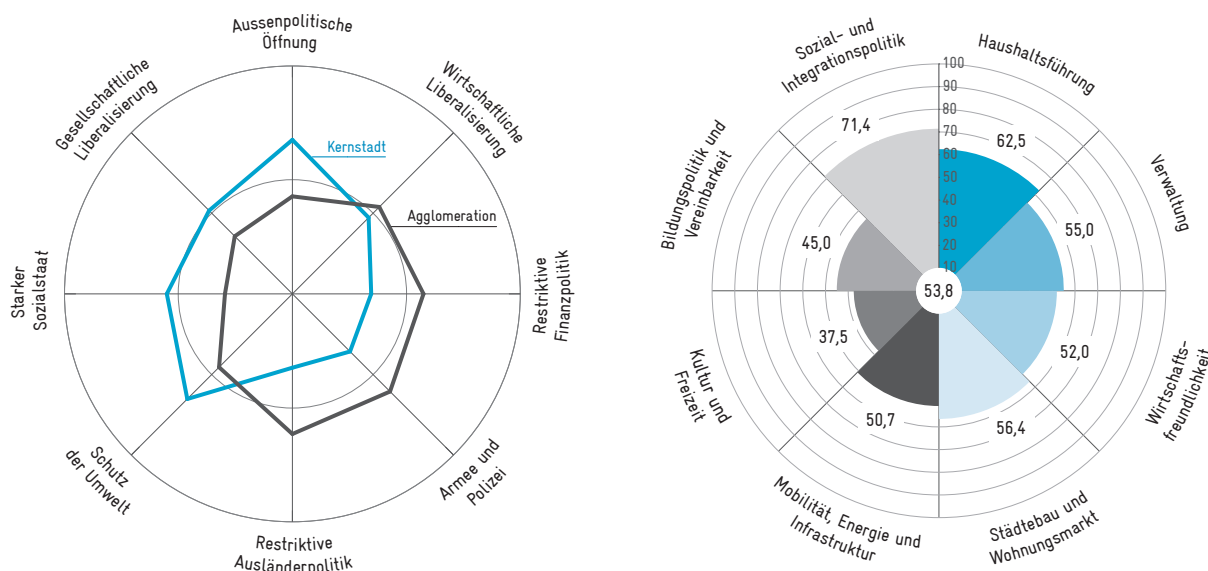
Mit 600 Fr./Jahr für eine Anwohnerparkarte kommt die luzernische Parkraumbewirtschaftung einem Marktpreis am nächsten und subventioniert Parkplätze in der blauen Zone vergleichsweise geringfügig (Indikator 5.7). Schliesslich funktioniert der Wohnungsmarkt in Luzern besser als in allen anderen Städten: Nirgends ist der Unterschied zwischen Angebots- und Bestandesmieten kleiner (Indikator 4.2).

Lowlights

Die Erreichbarkeit von Dienstleistungen ist in Luzern klar unterdurchschnittlich (Indikator 4.6). Eine Überprüfung der Rahmenbedingungen wäre unter Umständen angezeigt. Negativ fällt weiter der Verzicht auf Sprachkurse bzw. Sprachtests zur besseren Integration von Flüchtlingen und ausländischen Kindern auf – ein erprobtes und kostengünstiges Instrument (Indikatoren 8.1 & 8.2). Als einzige Stadt kennt Luzern schliesslich keine Elternbeiräte (Indikator 7.1). Dabei wäre dies ein erprobtes und wirkungsvolles Instrument, um Eltern besser in den Schulprozess einzubinden und damit die Zufriedenheit mit der Schule zu erhöhen.

St. Gallen

Mit 53,8% der erreichbaren Punkte landet St. Gallen auf dem 5. Platz des Gesamtrankings. Sehr gut schneidet die Ostschweizer Stadt bei der Sozial- und Integrationspolitik ab, Aufholbedarf hat sie im Bereich «Kultur und Freizeit».



St. Gallens Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1 _ Haushaltsführung

Zusammen mit Genf landet St. Gallen mit seiner Finanzpolitik (62,5% der erreichbaren Punkte) auf dem 6. Rang. Zwar ist der Haushalt grundsätzlich in Ordnung, die Zinsbelastung tief und die Pensionskasse in guter Verfassung, doch ist besonders der Selbstfinanzierungsgrad von Investitionen auffallend tief. Auch der Steuerfuss hat sich relativ zum Umland eher negativ entwickelt.

2 _ Verwaltung

Mit 55% der Punkte erreicht die Verwaltungsführung von St. Gallen den 7. Rang des Rankings. Positiv zu erwähnen ist der rückläufige Personalbestand in der Kernverwaltung und die tiefe Anzahl Krankheitstage der Verwaltungsmitarbeitenden. Stark negativ ins Gewicht fallen allerdings die Verwaltungskostenentwicklung und der tiefe Auslagerungsgrad der städtischen Betriebe.

3 _ Wirtschaftsfreundlichkeit

Zwar mit Abstand zu den beiden Bestplatzierten, aber immerhin aufs Podest mit 52% der erreichbaren Punkte schafft es St. Gallen in Bezug auf die Wirtschaftsfreundlichkeit. Obwohl die Bistumsstadt als Unternehmensstandort nur mässig beliebt ist, entwickeln sich Arbeitsplätze und Steuerkraft ordentlich, und bei Baubewilligungen entscheidet die Verwaltung rasch.

4 _ Städtebau und Wohnungsmarkt

St. Gallen landet mit 56,4% der erreichbaren Punkte auf Platz 4 dieses Sachgebiets. Der Wohnungsmarkt funktioniert sehr effizient, das Angebot weitet sich immerhin moderat aus. Eine bessere Rangierung wurde vor allem wegen der relativ schlechten Erreichbarkeit von Dienstleistungen verpasst.

5 _ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Rang 5 und 50,7% der möglichen Punkte – so lautet das Fazit der Untersuchung für St. Gallen im Bereich Mobilität, Energie und Infrastruktur. Der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs ist relativ hoch, der Verkehr fliesst zufriedenstellend, und die Stadt managt den knappen Parkraum ordentlich. Negativ für den Steuerzahler fallen die hohen Kosten des Breitbandausbaus ins Gewicht.

6 _ Kultur und Freizeit

Nur den zweitletzten Platz erlangt St. Gallen bei den Indikatoren zur Kulturfreundlichkeit (37,5% der möglichen Punkte). Dies liegt vor allem am kulturpolitisch nicht nachvollziehbaren Verzicht auf die systematische Erhebung von Kostendeckungsgraden bei unterstützten Institutionen. Auch die Mittel für die freie Kulturförderung erweisen sich im Vergleich zu anderen Städten bescheiden.

7 _ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Wiederum Rang 5 erreicht St. Gallen in den Auswertungen zur Bildungspolitik und Vereinbarkeit. Mit 45% der möglichen Punkte ist der Abstand zu den weiter vorne platzierten Städten allerdings gross. Positiv ist das Engagement von St. Gallen bei der Ansiedelung von Privatschulen und bei der Weiterbildung von Lehrkräften. Allerdings ist das Angebot an Krippenplätzen viel zu klein, die entsprechende Subventionspolitik zu bürokratisch.

8 _ Sozial- und Integrationspolitik

Eine Top-Platzierung im vorliegenden Ranking erreicht St. Gallen mit seiner Sozial- und Integrationspolitik (71,4% der möglichen Punkte). Die Sozialhilfequote nimmt ab, was wohl auch auf eine konsequente Anwendung von Sanktionen zurückzuführen ist. Auch bei den Indikatoren zur Integration von Flüchtlingen bzw. Stellensuchenden schneidet St. Gallen positiv ab.

Highlights

Die sankt-gallische Pensionskasse weist mit 104,5% einen komfortablen Deckungsgrad auf (Indikator 1.5). Auffallend sind auch einige personalpolitischen Kennzahlen: Die Angestellten der Verwaltung sind selten krank und gehen in keiner anderen Stadt durchschnittlich später in Pension (Indikator 2.5).

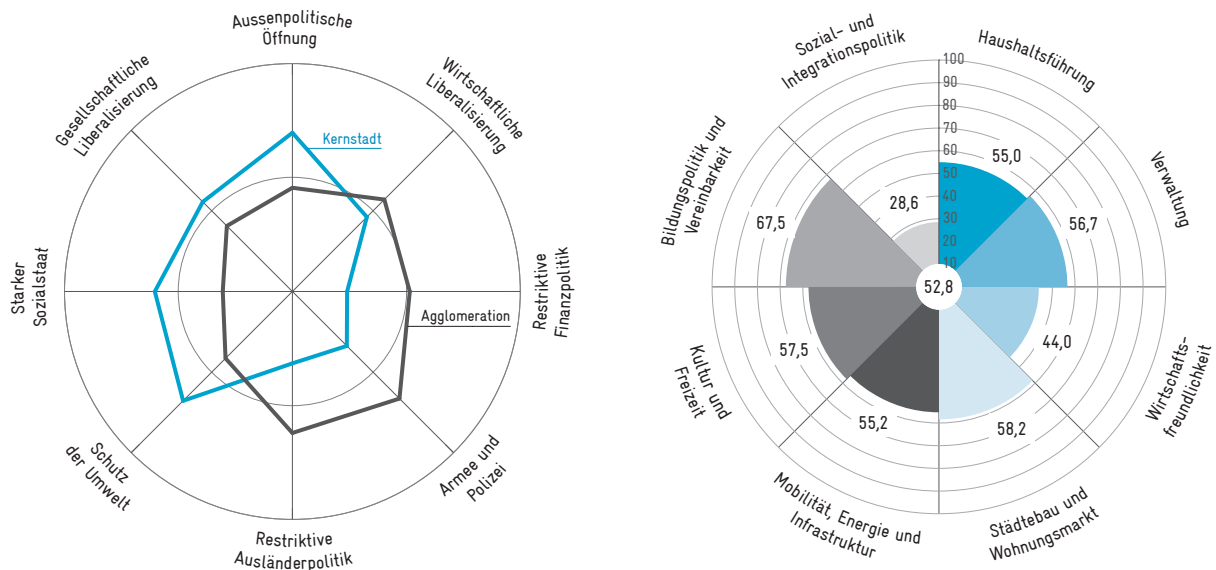
Ein absolutes Highlight der Auswertung ist ausserdem die mit grossem Abstand kürzeste Dauer für die Erteilung von Baubewilligungen, welche die Bauherren zu erdulden haben (98 Tage; Indikator 3.5). Damit ist St. Gallen klar ein Vorbild für alle anderen Städte. Zusammen mit Bern ist St. Gallen zudem die einzige Stadt, die die Erhebung des Kostendeckungsgrades des ÖV separat für das Stadtgebiet vornimmt (Indikator 5.3).

Lowlights

St. Gallen erwirtschaftete (neben Luzern) im untersuchten Zeitraum ständige Rechnungsüberschüsse (Indikator 1.1). Was auf den ersten Blick erfreulich scheint, ist eigentlich vor allem ein Hinweis darauf, dass die Stadt von ihren Einwohnern zu hohe Steuern verlangt. Eine Senkung wäre angezeigt. Dazu kommt, dass im Vergleich zu den anderen Städten die Verwaltungskosten in den vergangenen Jahren relativ stark angestiegen sind, hier bestünde allenfalls Handlungsbedarf (Indikator 2.1).

Winterthur

Winterthur liegt mit 52,8% der gesamthaft erreichbaren Punkte auf Platz 6 des Städtemonitorings – wenn auch der Abstand zur Spitze mit 12 Prozentpunkten nicht enorm gross ist. Im Sachgebiet «Bildung und Vereinbarkeit» erreicht Winterthur die zweitbeste Bewertung, im Gebiet «Sozial- und Integrationspolitik» dagegen die zweitschlechteste.



Winterthurs Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1_ Haushaltsführung

Bei der Nachhaltigkeit seiner Haushaltsführung liegt Winterthur auf Platz 8 der zehn Städte. Defizite werden zwar keine geschrieben, aber die Pensionskasse liegt in deutlicher Unterdeckung und beim Steuerfuss ist ein weiterer Anstieg gegenüber dem Umland erfolgt. Zudem hat Winterthur in den letzten Jahren viel auf Kredit investiert.

2_ Verwaltung

Winterthur landet mit 56,7% der erreichbaren Punkte im Mittelfeld. Positiv zu bewerten ist das Personalmanagement. Dagegen ist der Auslagerungsgrad der städtischen Betriebe eher gering. Bei den restlichen vier Indikatoren bewegt sich die Stadt im Mittelfeld.

3_ Wirtschaftsfreundlichkeit

In Sachen Wirtschaftsfreundlichkeit befindet sich Winterthur mit 44% der möglichen Punkte im hinteren Teil eines eng gestaffelten Mittelfelds: Zu Rang 4 fehlen nur 3,5 Prozentpunkte. Vor allem als Standort für Unternehmen (Startups und SPI-kotierte) spielt Winterthur nur eine kleine Rolle.

4_ Städtebau und Wohnungsmarkt

Winterthur erreicht in diesem Bereich mit 58,2% der möglichen Punkte Platz 3 hinter Basel und Luzern. Der Immobilienmarkt scheint hier generell einigermaßen effizient zu funktionieren: Die Bautätigkeit ist (verhältnismässig) hoch, die Mietpreisschere klein und der Leerstand von Gewerberäumen moderat.

5_ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Winterthur belegt in diesem Sachgebiet mit 55,2 % der erreichbaren Punkte nur knapp hinter Luzern zusammen mit Bern Platz 2. Die Eulachstadt ist relativ velofreundlich und hat einen hohen Abdeckungsgrad mit Glasfasern.

6_ Kultur und Freizeit

Im Bereich «Kultur und Freizeit» liegt Winterthur mit Platz 4 im vorderen Mittelfeld. Gegenüber den Spitzenreitern Bern und Zürich weist es aber einen deutlichen Rückstand auf, was vor allem an der nicht sehr dynamischen Arbeitsplatzentwicklung in der Kulturbranche liegt.

7_ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Winterthur belegt in diesem Teilranking Platz 2. Als einzige Stadt neben Luzern fördert Winterthur die Kleinkinderbetreuung über eine Nachfrage- statt Angebotssteuerung. Die Krippendichte ist jedoch gering.

8_ Sozial- und Integrationspolitik

Bei der Sozial- und Integrationspolitik schneidet Winterthur mit dem zweitletzten Platz schwach ab. Die Stadt verzichtet auf Sprachtests vor der Einschulung von fremdsprachigen Kindern und führt auch keine eigenen Projekte zur Arbeitsmarktintegration durch. Ausserdem nimmt die Sozialhilfequote im Vergleich zu den Umlandgemeinden auf hohem Niveau weiter zu.

Highlights

Winterthurs Angestellte sind mit 6,3 Tagen pro Jahr weniger oft krankgemeldet als in anderen Städten (Indikator 2.5). Die Stadt erreicht (im Vergleich mit ihrem Umland) die höchste Bautätigkeit aller Städte (was allerdings auch daran liegen mag, dass das Umland von Winterthur sehr ländlich ist; Indikator 4.1). Damit leistet die Stadt einen zentralen Beitrag gegen die Wohnungsknappheit im urbanen Raum.

Winterthurs Haushalte haben von allen Städten den grössten Freiheitsgrad bei der Auswahl des Strommixes, gleichzeitig zahlen sie deutlich am wenigsten für den konsumierten Strom (Indikator 5.2). Gemäss Einschätzung der Nutzer ist Winterthur (wenn auch mit einer mittelmässigen Note von 4,4) zudem die velofreundlichste der zehn grossen Schweizer Städte (Indikator 5.6).

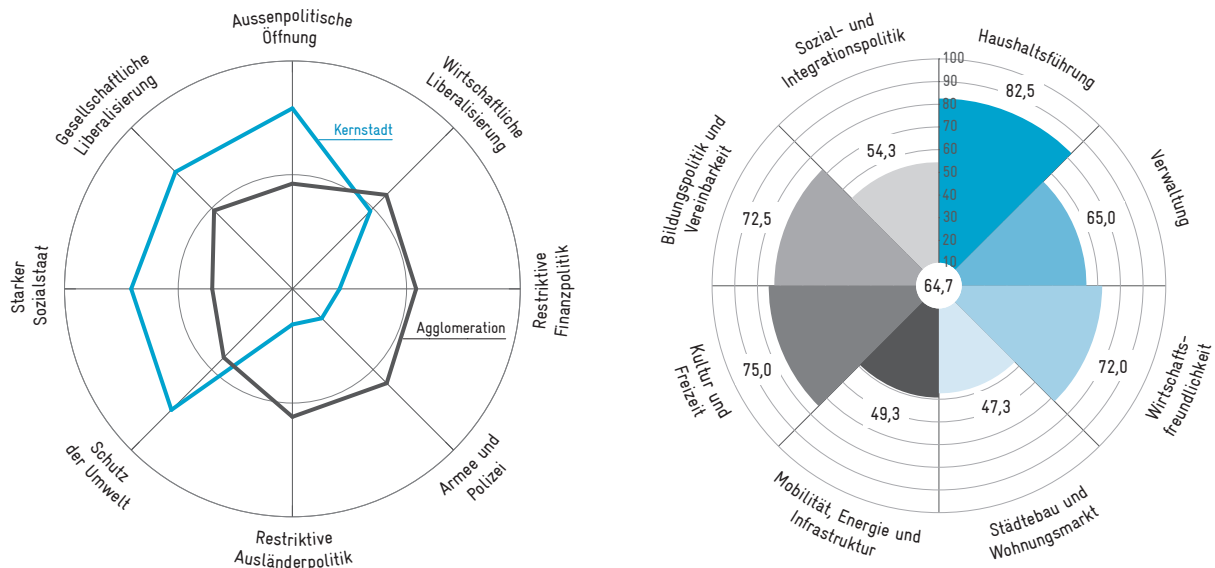
Lowlights

Winterthur verlangt nur 50 Fr./Jahr – und damit deutlich weniger als alle anderen Städte – für Anwohnerparkkarten. Ein so niedriger Preis wird den Opportunitätskosten, die ein Parkplatz verursacht (Flächenbedarf) nicht ansatzweise gerecht (Indikator 5.7).

Gemessen am Anteil Arbeitsplätze ist der Kulturcluster in der Stadt an der Töss der zweitschwächste aller ausgewerteten Städte. Das erstaunt, denn Winterthur hat durchaus einen Ruf als Kulturstadt. Das Wachstum im Sektor «Kultur und Freizeit» lag in den letzten zehn Jahren deutlich hinter dem allgemeinen Arbeitsplatzwachstum zurück (Indikator 6.4). Schliesslich spricht Winterthur nur sehr selten Sanktionen gegen Sozialhilfebezüger aus, trotz negativen Schlagzeilen in der Vergangenheit. Das kann langfristig die Akzeptanz des Systems gefährden (Indikator 8.4).

Zürich

Zürich hat über alle untersuchten Themenkomplexe hinweg mit durchschnittlich 64,7% der erreichbaren Punkte den höchsten Wert erreicht. Auf Platz 1 liegt Zürich bei der Wirtschaftsfreundlichkeit und im Bereich «Bildung und Vereinbarkeit», nur auf Platz 8 dagegen im Sachgebiet «Städtebau und Wohnungsmarkt».



Zürichs Abschneiden in den einzelnen Sachgebieten

1_ Haushaltsführung

Die Führung des Staatshaushaltes lässt in der Stadt Zürich wenig zu wünschen übrig. Gesamthaft werden 82,5% der möglichen Punkte erreicht, was zusammen mit Bern das beste Ergebnis bedeutet. Die laufende Rechnung ist in der Regel ausgeglichen und es wird genügend investiert.

2_ Verwaltung

Im Bereich der Verwaltungsführung liegt Zürich mit 65% der erreichbaren Punkte im Mittelfeld. Positiv zu werten sind die rückläufigen Verwaltungskosten, negativ schlägt die hohe Verwaltungsabhängigkeit der städtischen Betriebe zu Buche.

3_ Wirtschaftsfreundlichkeit

Auch wenn die Stadt Zürich von äusseren Bedingungen profitiert, so verdient sie doch 72% der erreichbaren Punktzahl den Titel als wirtschaftsfreundlichste Stadt. Zürich ist für börsennotierte Unternehmen und Startups der Standort erster Wahl.

4_ Städtebau und Wohnungsmarkt

Mit ihrer Wohnpolitik erreicht Zürich 47,3% der möglichen Punkte dieses Sachgebiets und damit Platz 8. Hauptgrund für die schlechte Platzierung ist der unflexible Wohnungsmarkt sowie die (damit verbundene) zu tiefe Bautätigkeit. Dafür profitiert Zürich von vielen innerstädtischen Grünflächen.

5_ Mobilität, Energie und Infrastruktur

Auf dem 6. Platz im Mittelfeld landet Zürich, wenn es um Fragen von Mobilität, Energie und Infrastruktur geht. Die Metropole erreicht dabei 49,3% der möglichen Punkte. Führend ist die Limmatstadt hinsichtlich der Geschwindigkeit und des Kostendeckungsgrads des öffentlichen Verkehrs.

6_ Kultur und Freizeit

Mit 75 % der erreichbaren Punkte landet Zürich im Gebiet der Kulturpolitik knapp hinter Bern auf dem 2. Platz. Kultursubventionen werden weitgehend nach Best-Practice-Prinzipien vergeben, und für Kulturschaffende ist die Metropole attraktiv.

7_ Bildungspolitik und Vereinbarkeit

Mit 72,5 % der erreichbaren Punkte schwingt Zürich im Sachgebiet «Bildungspolitik und Vereinbarkeit» oben aus. Die Stadt nutzt relativ zu anderen ihren Spielraum bei der Bildung und bietet gute Voraussetzungen, um Berufs- und Familienleben unter einen Hut zu bringen.

8_ Sozial- und Integrationspolitik

Die Sozial- und Integrationspolitik gehört zu den umstrittenen Themenfeldern der Stadtpolitik. Zürich erreicht hier mit 54,3 % der möglichen Punkte den 6. Platz. Die Rangierung kommt durch einen Mix von hohen (z.B. bei der Entwicklung der Sozialhilfequote) als auch sehr niedrigen Punktzahlen (z.B. durch die enorm tiefe Sanktionsquote im Sozialhilfebereich) innerhalb der einzelnen Indikatoren zustande.

Highlights

Die Situation der städtischen Pensionskasse ist mit einem Deckungsgrad von 106,3 % besonders komfortabel (Indikator 1.5). Darüber hinaus ist die Kernverwaltung – sowohl was die Kosten (-8.2 % zwischen 2010 und 2016; Indikator 2.1) als auch den Personalbestand (Indikator 2.2) betrifft – in den letzten Jahren relativ zur Bevölkerung geschrumpft, was auf eine Effizienzsteigerung hindeutet.

Mustergütig agiert Zürich bei der strategischen Führung der Kulturinstitutionen. Es werden Zielvereinbarungen bezüglich Kostendeckungsgraden abgeschlossen und diese auch vollständig erfasst (Indikator 6.1). Die Limmatstadt ist ausserdem bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie führend, besonders die hohe Angebotsdichte an Krippenplätzen (43 Plätze pro 100 Kinder im Vorschulalter; Indikator 7.5) ist erwähnenswert.

Lowlights

Bis die lokalen Behörden eine Baubewilligung ausgestellt haben, verstreichen im Durchschnitt 177 Tage – mehr als in allen anderen Deutschschweizer Städten (Indikator 3.5). Arg im Hintertreffen ist Zürich auch beim Auslagerungsgrad der stadt eigenen Betriebe (Indikator 2.4). Während diese andernorts ansatzweise flexibel und nach unternehmerischen Prinzipien agieren können, sind sie am Zürichsee Teil der Verwaltung. Nur gerade das Elektrizitätswerk verfügt – neben den nicht ausgewerteten Stadtspitälern – wenigstens über ein Globalbudget.

Ebenfalls Aufholpotenzial hat Zürich bezüglich der Velofreundlichkeit (Indikator 5.5). Das Zweirad wird verhältnismässig wenig genutzt. In der Sozialhilfe spricht Zürich zudem sehr selten Sanktionen aus (Indikator 8.4), trotz negativer Schlagzeilen über nicht-gesetzeskonforme Bezüge in der Vergangenheit.

Fazit

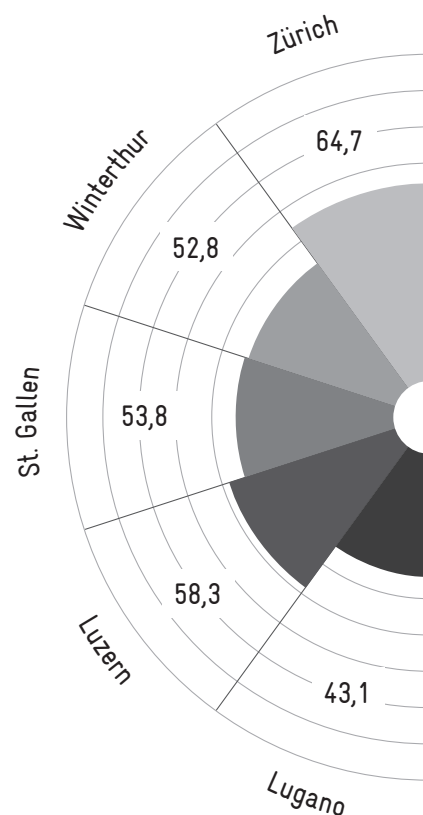
Es dürfte kaum überraschen, dass sich über acht Sachgebiete mit 47 Indikatoren hinweg ein diverses Stärken-/Schwächenprofil der zehn untersuchten Städte ergibt: Die gemäss unserer Analyse optimale Liberale Smart City würde sich bei der Haushaltsführung, bei der Wirtschaftsfreundlichkeit sowie im Bereich «Bildungspolitik und Vereinbarkeit von Beruf und Familie» tendenziell an Zürich orientieren, sie würde aber in Sachen Verwaltungsführung eher Lugano ähneln und die Wohnungsmarktpolitik von Basel und Luzern übernehmen. Bern wäre Vorbild bei der Kulturpolitik und Lausanne bei der Sozial- und Integrationspolitik. Bei der Verkehrs-, Energie- und Infrastrukturpolitik schliesslich müsste sich die perfekte Liberale Smart City an Luzern orientieren.

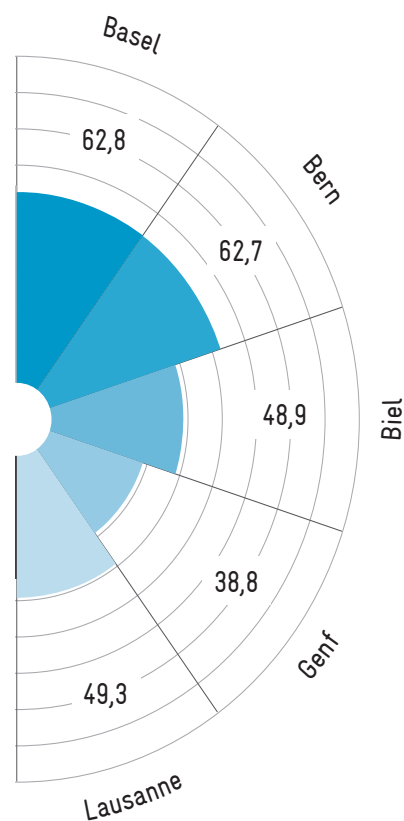
Analysiert man die einzelnen Indikatoren im Detail, ist sogar noch eine genauere Ausdifferenzierung möglich. Jede Stadt steht zumindest in einem der 47 ausgewerteten Indikatoren an der Spitze, rangiert aber auch mindestens einmal auf dem letzten Platz. Die Schweizer Gross- und Mittelstädte können und sollten also viel voneinander lernen. Dies ist ein zentrales Wesensmerkmal des schweizerischen Föderalismus – und das vorliegende Städtemonitoring stellt dazu hoffentlich weitere Grundlagen bereit.

Die Auswertungen drängen die Frage auf, inwieweit die Schweizer Metropolen auf den sich abzeichnenden Wandel vorbereitet sind. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sie in vielen Bereichen gut aufgestellt sind. Im Gegensatz zu vielen Metropolen weltweit agieren sie nicht nahe am Staatsbankrott, die Verwaltungen funktionieren zufriedenstellend, die Infrastruktur ist auf hohem Niveau.

Das Städtemonitoring bringt aber auch konkreten Handlungsbedarf in der Schweizer Stadtpolitik zu Tage. So tun sich einige Städte trotz wiederholten Rechnungsüberschüssen schwer mit Steuersenkungen. Die Überschüsse motivieren stattdessen zu Investitionen und staatlichen Aktivitäten mit teilweise zweifelhaftem Zusatznutzen. Das verkleinert den finanzpolitischen Spielraum, der in Anbetracht der sich verschärfenden Rahmenbedingungen bald vielerorts schmerzlich fehlen könnte. Zudem erfolgt die Trennung von strategischen Politikvorgaben und operativer Führung vielerorts zu wenig konsequent, und Marktmechanismen zur möglichst effizienten Bereitstellung öffentlicher Güter werden aus ideologischen Gründen abgelehnt. Dies zeigt sich beispielsweise am allgemein tiefen Auslagerungsgrad der städtischen Betriebe. Deren Verpolitisierung führt zu langwierigen Entscheidungsabläufen, eigentlich operative Managemententscheide werden durch politische Detailmitsprache beeinflusst. Der fehlende Marktdruck verhindert Effizienzgewinne und Innovation. Privatwirtschaftliche Organisationsformen scheinen per se

Punktquoten der Städte im Gesamtranking





abgelehnt zu werden, gepaart mit einer kaum mehr zeitgemässen Auffassung des «Service Public»-Begriffs. Auch die Kleinkinderbetreuung ist in den meisten Städten fest in staatlicher Hand, nur ausgewählte Krippen und Horte werden unterstützt. Dabei sind die Bedürfnisse von Eltern und Kindern oft divergent, die Betreuungsformen und -bedürfnisse vielfältig. Mehr Offenheit, weniger Mikromanagement und ein Vertrauen auf Marktkräfte könnten entsprechend für Innovation, höhere Akzeptanz und tiefere Kosten sorgen.

Dazu kommt, dass die heutige Stadtpolitik oft einem ideologischen Grabenkampf ähnelt. Paradebeispiel hierfür ist die Verkehrspolitik. Während die eine Seite die Probleme des motorisierten Individualverkehrs im begrenzten Stadtgebiet bagatellisiert, möchte die andere das Auto am liebsten ganz aus der Stadt verbannen. Dabei sollte das Auto als Teil der täglichen Mobilität auch im Stadtgebiet akzeptiert werden. Die technischen Innovationen werden eher dazu führen, dass seine Bedeutung zunimmt – schon heute sollte deshalb über eine «smarte» Verkehrssteuerung mit Preissignalen nachgedacht werden. Ein anderer ideologisch überladener Politikbereich ist der Wohnungsmarkt. Eigentlich ist klar, dass die einzige nachhaltige Reaktion auf die stetig steigende Nachfrage nach urbanem Wohnraum nur in einer Ausweitung des Angebots liegen kann, auch wenn bereits Ansässige dieser Entwicklung nur bedingt Begeisterung entgegenbringen mögen. Kreative Ansätze und mehrheitsfähige Lösungen in der Stadtplanung wären also gefragt, allenfalls auch teilweise gegen die Interessen der «Insider». Die Schweizer Städte haben eine wichtige Rolle im Staatsgefüge als Versuchslabor für unkonventionelle Lösungen bestehender Probleme. Ideologische Voreingenommenheit ist da hinderlich.

Die Schweizer Städte sind für die Entwicklung des Landes von enormer Bedeutung: Sie sind Wirtschaftsmotoren, Mittelpunkte des kulturellen Schaffens, Zentren des Wissens und Knoten der internationalen Vernetzung. Und sie haben nicht zuletzt eine regionale Versorgungsfunktion für ihre Agglomerationen. Die Städte müssen agil bleiben, um dieser Rolle weiter gerecht werden zu können.

Von ihrer Grösse her gleichen die untersuchten Städte eher Grossorganisationen wie Unternehmen, gewöhnliche Gemeinden sind unsere Gross- und Mittelstädte nicht. Entsprechend sollten sie verstärkt politisch-strategisch geführt werden.

avenir suisse

Zürich

Rotbuchstrasse 46

8037 Zürich

Tel +41 44 445 90 00

Fax +41 44 445 90 01

Genève

9, rue du Prince

1204 Genève

Tel +41 22 749 11 00

www.avenir-suisse.ch

info@avenir-suisse.ch